Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 b. Vorm. 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißner G. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Einger.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an, für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Neu! Sommer-Anzüge für Herren und Knaben.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestrasse 1.
Wieder am Lager sind bekannte gute Sorten echtschwarzer Damenstrümpfe zu 50, 70, 80 Pfg., 1.25, 1.75 Mk., Herren-Socken v. 45 Pf., Kinder-Strümpfe v. 30 Pf. an.
Alle Unterzeuge.

„Invalidendank“
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Eing. Schutzm. **Carl Tiedemann,** Hoflief. Etablirt 1833.
Bester **Fussbodenanstrich** ist
Tiedemann's Bernsteinöllack mit Farbe, über Nacht trocknend, nicht klebend.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 19.
Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

Aut Optimum aut nihil!
Schlick & Hinkelmann
Amalienstrasse 12.

Neuheiten für Frühjahr u. Sommer.
Reichste Auswahl aller Tapisserie-Materialien.
C. HESSE Altmarkt.
Grösstes Specialgeschäft für weibl. Handarbeiten
Garnirte Brautkissen in allen Preislagen.

Nr. 125. Spiegel: Der neueste Stand der Petroleumpreise. Sportswoche. Ausstellung von Erzeugnissen für Kinderpflege. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Leichenfeier Gustav Freytag's. | Vermuthliche Witterung: Trocken, kühl. | **Sonntag, 5. Mai.**

Die morgen Montag erscheinende Nummer der Dresdn. Nachr. gelangt in Dresden und den Vororten erst in den Vormittagsstunden in die Hände der geehrten Leser; in der Provinz trifft dieselbe in den ersten Nachmittagsstunden an ihren Bestimmungsorten ein.

Politisches.

Die Petroleumpreise sind ebenso plötzlich, wie sie vor einigen Tagen jählings in die Höhe schnellten, wieder gesunken und naive Gemüther könnten daraus den Schluß ziehen, daß die Herren Rothschild und Rockefeller vor dem Sturm der öffentlichen Meinung Angst bekommen und deshalb einen Schritt nach rückwärts gethan hätten. Wer das glaubt, kennt freilich den Stoff nicht, aus dem die Herren von Monopols Gnaden sammt und sonders gemacht sind. Für diese Leute giebt es kein moralisches „Paschol“. Sie kennen nur einen Grundsatz, der heißt: „Es lebe der Dollar und wenn die Welt darüber zu Grunde geht.“ Der wirkliche Grund, warum die Petroleumpreise wieder nachgelassen haben, liegt darin, daß der eine der beiden monopolistischen Wettbewerber seine Zeit noch nicht gekommen glaubte. Es hat sich nämlich als irrthümlich herausgestellt, daß, wie man zuerst allgemein annahm, eine Vereinbarung zwischen Rothschild und Rockefeller über die „Vertheilung der Welt“ getroffen worden sei. Richtig ist nur, daß Herr Rockefeller dem Pariser Rothschild vor einiger Zeit den Vorschlag zu einer solchen Auseinandersetzung gemacht hatte. Rothschild glaubte aber, daß er bei dem von Rockefeller vorgelegten Feldzugsplane nicht seine Rechnung finden würde und winkte deshalb ab. Da verfiel Mr. Rockefeller auf die Idee, seinem großen Kollegen in petroleis das Thörichte seiner Handlungsweise auf drastische Weise vor die Augen zu führen, indem er angeblich den von ihm beherrschten Erdölgeistern befahl, plötzlich einen Theil der Quellen versiechen zu lassen. Die Geister gehorchten natürlich und so wurde denn eines schönen Tages die erleuchtungsbedürftige Welt, die ja noch immer „mehr Licht“ braucht, zugleich mit der Steigerung der Petroleumpreise durch die Ankündigung überrascht, daß das Licht spendende Erdöl nicht mehr genügend fließen wolle. Die mißtrauische Welt glaubte zwar dies Märchen nicht. Sie schnüffelte aus, daß die Standard Oil Company künstlich die Preise hochgetrieben hatte, indem sie nicht nur ihre Vorräthe zurückhielt, anstatt die hohen Preise zum Verkaufen zu benutzen, sondern auch bereits geschlossene europäische Lieferungskontrakte mit bedeutenden Opfern zurückkaufte. Herr Rockefeller ließ sich aber wegen dieser Ungläubigkeit der Konsumenten keine grauen Haare wachsen. Er hatte sein Fett weg, da er Herrn Rothschild bewiesen hatte, daß der Streit um kleine Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf den Welttheilungsplan ein Streit um des Kaisers Bart sei, insofern schon der eine der beiden Petroleumkönige allein in einem Augenblick die Preise um 75 Prozent erhöhen könne. Wie muß also erst der Petroleum-Zweibund die Welt zwiebeln können! Diese Wahrheit als verlockendes Zukunftsbild Herrn Rothschild vor die Augen zu führen, war zunächst der einzige Zweck Herrn Rockefellers. Dazu bedurfte es aber nur eines augenblicklichen Ruckes an dem gespannten Seil. Die dauernde Straffespannung wird erst erfolgen, wenn an der einen Seite Herr Rockefeller und an der anderen Herr Rothschild zieht. Der Petroleummarkt muß daher von jetzt an stets mit der unmittelbaren Möglichkeit rechnen, daß Herr Rothschild mürbe gemacht wird. Einstweilen sucht er zwar noch seinem amerikanischen Freunde in's Gehege zu kommen. So sollen z. B. in Hamburg verschiedene neue Tanks für russisches Petroleum angelegt werden, zu welchem Zwecke der Senat bereits einen Kredit von der Bürgerschaft gefordert hat. Das ist aber keine Konkurrenz, auf die man sich verlassen kann. Die Quintessenz der Lage ist eine dauernde Unsicherheit des Petroleummarktes. Der Ring kann jeden Augenblick geschlossen werden und in der dazwischen liegenden Galgenfrist, die dem Publikum noch gegeben ist, wird nicht einmal auf eine vorübergehende Wiederkehr der alten billigen Preise zu rechnen sein, wenn auch die soeben verflossenen höchsten Preise vor dem endgiltigen Abschluß des russisch-amerikanischen Kartells schwerlich wieder erreicht werden dürften.

Es ist schwer, über derartige Machenschaften, bei denen zwei großmächtige Geldfürsten mit der ganzen Erdkugel Fangball spielen, keine Satire zu schreiben. Die Satire erstickt aber auf der Zunge und verwandelt sich in heiligen Ernst, wenn sich der Blick von den leitenden Persönlichkeiten, die als profitschnaubende Satyrn auf der großen Weltbühne herumagiren, abkehrt und sich der unter solchem Treiben leidenden Seite der Menschheit zuwendet. Da fühlt der betrachtende Geist mit ganzer Schwere den Fluch des Kapitalismus, der unsere Zeit drückt. Der Kapitalismus in diesem Sinne bedeutet die Ausschreitung, die falsche Verwendung des Kapitals. Es ist nöthig, das ausdrücklich festzustellen, damit nicht die Unterscheidungslinie zwischen den Anhängern der bestehenden Wirthschafts- und Produktionsordnung und den Sozialisten in dem Kampfe gegen den „Kapitalismus“ verloren geht. Eine wahrhaft soziale Verwendung des Kapitals in wirklich produktivem Sinne schafft zwar auch Verschiedenheiten in der Vertheilung des Besitzes, aber sie führt niemals, wie es der spekulative unproduktive Kapitalismus thut, zur Massenarmuth. Das produktive Kapital ist ein Kulturmittel, das unproduktive ein Kulturgift. Das ist der Unterschied, aus dem sich die Nothwendigkeit einer verschiedenartigen Behandlung beider durch die Gesetzgebung ergiebt. Die Ausschreitungen des schädlichen Kapitalismus, des Plutokratismus fordern ein internationales Vorgehen der Regierungen mit jedem Jahre dringender heraus. Je mehr Blüthen des nationalen Wohlstandes der Völker von dem Sammt der Spekulation geknickt werden, desto stärker vermehren sich auch die Anzeichen dafür, daß diese Art von Kapitalismus bereits in ein kritisches Stadium eingetreten ist. Es zeigt sich immer klarer, daß insbesondere die Monopolbildungen, die an Zahl und Bedeutung unaufhörlich zunehmen, unsere Kultur mit Nothwendigkeit in das Fahrwasser einer wirthschaftlichen Umwälzung treiben, wenn nicht die höhere Gewalt des Staates sich rechtzeitig in's Mittel legt, um mit ausgleichender Gerechtigkeit den Widerstreit der Interessen zu schlichten. Auf diesem Gebiete ist ein Einschreiten der staatlichen Gewalt durchaus erforderlich. Der Staat darf nun und nimmermehr ruhig mit ansehen, wie das Laissez faire zu einer Laissez mourir im größten Stile sich entwickelt. Die wirkliche Industrie kann durch solche Abwehrmaßregeln nicht betroffen werden. Im Gegentheil, wenn die spekulativen Ringbildungen verhindert werden, so wird voraussichtlich die dadurch erzielte größere Stetigkeit in Produktion und Absatz gerade eine höhere Durchschnittsverzinsung des in der Industrie angelegten Kapitals zur Folge haben. Der gemeinsame Kampf der Regierungen gegen die privaten Monopole wird auch von jener internationalen Solidarität der Interessen erfordert, die, wie das „Journal de St. Petersbourg“ in seinem offiziösen Communiqué über die ostasiatische Frage hervorhebt, durch den Fortschritt der Arbeit und die wachsende Aufklärung hervorgebracht wird. Einzelmaßnahmen eines Staates, wie z. B. Rußlands, das seinen „unabhängigen“ (?) Bakuer Produzenten untersagt hat, mit der Rothschild-Rockefeller Gruppe in irgend welche nähere Verbindung zu treten, werden so lange wirkungslos bleiben, als es noch irgendwo innerhalb des Machtbereiches der civilisirten Staaten einen Stützpunkt für die Monopolisten giebt, von dem aus sie die Welt aus den Angeln heben können. Solche grundlegenden Reformen erfordern Zeit, aber es hieße an dem Fortschritte der Menschheit verzweifeln, wenn man ihre Möglichkeit leugnen wollte. Inzwischen wird die mammonistische Verblendung der monopolistischen Geldfürsten, mit der sie sich beeifern Schlag auf Schlag die Dinge auf die Spitze zu treiben, das Ihrige thun, um den staatlichen Reaktionsprozeß zu beschleunigen. Eher könnte ein Kameel durch ein Nadelöhr gehen, als daß diese Leute aus den Ereignissen etwas lernten. Ihr Gott ist allein der Profit, dessen gieriger Mund bei jedem neuen Beutezuge das berüchtigte Wort wiederholt: „The public be d . . . d!“ „Das Publikum möge der Henker holen!“

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. Mai.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung des Gesetzentwurfes betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt. — Abg. Dr. Meyer-Halle (freis. Ver.) stimmt bereitwilligst dem Gesetze zu und wendet sich gegen eine Broschüre des rheinisch-westfälischen Lloyd, in welchem es heißt, das Frachtrecht müßte gesetzlich so geregelt werden, daß es gehen und stehen kann auch ohne Versicherung. Dieser Ausspruch erscheint um so erstaunlicher, als er von einer Versicherungsgesellschaft ausgeht. Der Reichstag sei von jeher bestrebt gewesen, die schwächeren Schultern zu entlasten und die stärkeren zu belasten und den Ausgleich in der Versicherung zu finden. — Abg. Gamp (Reichsp.) weist einige in einer früheren Sitzung von dem Abg. Zimmermann gegen die Firma Cäsar Wollheim gerichteten Vorwürfe, dieselbe sei an einem Ringe betheiligt, behufs Hochhaltung der Kohlenpreise und Niedrighaltung der Frachten, zurück. — Abg. Gehrisch (Soz.) erklärt, seine Partei müsse das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt ablehnen, weil in demselben das Interesse der kleinen Schiffer und der Schiffsleute nicht hinreichend gewahrt sei. — Zu § 5 beantragt der Abg. Dr. Stephan-Beuthen, diejenigen, in der zweiten Lesung beschlossenen (in der Regierungsvorlage nicht enthaltend gewesenen) Bestimmungen wieder zu streichen, wonach der Schiffseigner, der sein Schiff selbst führt und dabei infolge fehlerhafter Führung einen Schaden verursacht, im Allgemeinen nur mit Schiff und Fracht haftet, mit seinem persönlichen Vermögen dagegen nur dann, wenn ihm eine böswillige Handlungsweise zur Last fällt. — Staatssekretär Nieberding tritt lebhaft für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also Streichung jener Bestimmung ein. Nach längerer Debatte wird dieselbe aufrecht erhalten. — Bei § 23, welcher den Schiffsleuten verbietet, das Schiff ohne Erlaubniß des Schiffers zu verlassen, bemerkt Abg. Schall (deutsch-kons.), seine Freunde seien stets dafür interessirt, daß den Schiffsleuten Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung ermöglicht werde, demgemäß wünschten und hofften sie auch, daß der § 23 nicht etwa so ausgelegt werde, daß den Schiffsleuten die Theilnahme an dem Gottesdienste verweigert werde. Ein jetzt eingehender Antrag Gehrisch will einen neuen § 23a einschalten: Dem Schiffsmann ist eine mindestens sechsstündige Nachtruhe zu gewähren, auch sollen an Sonn- und Feiertagen die an Bord befindlichen Schiffer nicht arbeiten dürfen. — Abg. Meyer-Halle (freis. Ver.): Für die Sonntagsruhe der Schiffsleute interessiren sich alle Parteien, aber der Antrag Gehrisch hat eine Tragweite, die wir hier im Plenum unmöglich übersehen können, auch sind darüber Mindest-Erhebungen nothwendig. — Der Antrag Gehrisch wird nicht ausreichend unterstützt und ist damit gefallen. § 23 wird genehmigt. Bei § 53 wird auf Antrag des Abg. Bassermann (nat.-lib.) in Konsequenz eines früheren Beschlusses der Zusatz beschlossen: Der Frachtführer ist nicht berechtigt, von mehreren Empfängern gleichzeitig für denselben Tag Wiegegeld zu beanspruchen. § 60 bestimmt, daß bei losen Gütern und Sackgetreide ein Mindergewicht bis ½ Proz. dem Frachtführer nicht zur Last fallen soll, wenn ihm nicht ein Verschulden nachweisbar ist. — Auf Antrag Gamp (Reichsp.) wird der Erlaß einer derartigen Bestimmung und zwar allgemein „für gewisse Güter“ in das Ermessen des Bundesrathes gestellt. Bei § 79, welcher von großer Havarie handelt, beantragt Abg. Gehrisch: Als Verschulden soll ein Irrthum in der Wahl des Fahrwassers nicht angesehen werden. Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen und sodann das Gesetz in der Gesammtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. — Das Flößereigesetz wird sodann in dritter Lesung en bloc in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. — Petitionen betr. Reform der Zuckersteuer, Besteuerung des Saccharin u. s. w., sowie betr. Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes werden dem Reichskanzler als Material überwiesen. Ueber Petitionen betr. Abänderung des Viehseuchengesetzes, betr. Aenderung des Invaliditätsgesetzes und betr. Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die ländlichen Arbeiter und Dienstboten, wird zur Tagesordnung übergegangen. Eine Petition um Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. — Montag: Antrag Auer, betr. Vereins- und Versammlungsrecht, Wahlprüfung Böttcher und v. Dziembowski, Antrag Rickert betr. Sicherung des Wahlgeheimnisses und weitere Initiativanträge. — Bei der Feststellung der Tagesordnung wurde die Beschlußunfähigkeit des Hauses konstatirt, es waren nur 102 Abgeordnete anwesend.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus verwies die Vorlage betr. Wohnungen für die im Staatsbetriebe beschäftigten Arbeiter und Beamten an eine 14er-Kommission, nachdem Minister Frhr. v. Berlepsch noch ausgeführt hatte, es handle sich dabei um die Erfüllung einer moralischen Verbindlichkeit des Staates als Arbeitgeber gegenüber seinen Arbeitern. Der Gesetzentwurf betr. die Verpflegungsstationen wurde einer Kommission überwiesen. — Nächste Sitzung Mittwoch: Frachtermäßigung für Schlesien.

Berlin. Der deutsche Generalkonsul in Warschau, Legationsrath Frhr. v. Langenheim, erhielt das Comthurkreuz 2. Klasse des sächsischen Albrechtsordens, der Legationssekretär bei der preußischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle, Legationsrath Dr. v. Waldthausen, bisher bei der kaiserlichen Botschaft in Petersburg, der kaiserl. Konsul in Moskau, Frhr. v. Humboldt-Dachroeden, und der Vorsteher der Botschaftskanzlei der deutschen Botschaft in Petersburg, Geh. Hofrath Reichner erhielten das Offizierskreuz desselben Ordens. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des bisherigen ersten Sekretärs bei der deutschen Botschaft in Petersburg, Grafen v. Rex, zum deutschen Ministerresidenten in Venezuela.

Berlin. Hier stürzte sich heute infolge bitterer Noth eine 32jährige unverheirathete Arbeiterin mit ihrer 5jährigen Tochter aus dem 5. Stock auf den gepflasterten Hof hinab. Beide waren sofort todt. — An der heutigen Börse verlautete, daß die Firma Rudolf Hertzog von der Diskontogesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll. Vor etwa einem Jahre wurde die Firma in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt.

Berlin. Heute fanden die Berathungen der Sachverständigen in der Frage der Zuckersteuerändernng statt. — Die Nordlandreise des Kaisers wird sich in diesem Jahre nicht nach Norwegen, sondern gutem Vernehmen nach nach der Ostsee erstrecken, dabei ist der Stadt Stockholm ein Besuch zugesagt. — Der Reichstagsabgeordnete Böttcher (nat.-lib.) beabsichtigt, sein Reichstagsmandat, dessen Ungiltigkeit von der Wahlprüfungskommission ausgesprochen ist, niederzulegen, ehe das Plenum die Entscheidung gefällt hat.

Berlin. Von der deutschen Togo-Expedition ist die Nachricht eingetroffen, daß dieselbe bei Say an dem Niger angelangt ist. Dieselbe schloß Verträge mit verschiedenen Sultanen ab und hatte bei Bikini ein siegreiches Gefecht. In Carmamma trennte sich die Expedition, nachdem unter den Trägern die Pocken ausgebrochen waren. Dr. Gruner ging mit Dr. Döring nach dem Süden, um über Borgu nach Mishöhe zurückzukehren. Leutnant v. Carnap fährt mit den Kranken nach Braß zurück.

Kiel. Der auf der Germania-Werft erbaute Dampfer „Nachtigall“ ist heute nach Kamerun abgegangen.

Wilhelmshaven. Der Kaiser hat dem Panzerschiff „Kaiser“ sein Bildniß zum Geschenk gemacht. Das Schiff beabsichtigt, heute Nachmittag nach China in See zu gehen.

Eisenach. In Gegenwart des großherzoglichen Paares ist heute hier das Lutherdenkmal enthüllt worden.

Heidelberg. Der Großherzog von Baden hielt in der Universität an die Professoren eine Ansprache, in der er ausführte: „Mit Wehmuth gedenke er an das Jahr 1886, wo in Anwesenheit des damaligen preußischen Kronprinzen das Universitätsjubiläum stattfand. Mit Kaiser Friedrich sei die schönste Hoffnung dahingeschwunden, aber eins sei zurückgeblieben, sein hingebendes, selbstloses, huldvolles Vorbild. Möge dieses Vorbild noch lange nachwirken in unserer Nation zur Erziehung großer starker Männer, die fähig sind, alle drohenden Stürme zu bestehen.“

Siebleben. Gustav Freytag's Leiche, deren Ankunft in Gotha gestern bereits um 9 Uhr Abends erwartet wurde, um welche Zeit auch Staatsminister v. Streng auf dem Bahnhofe erschien, traf um 11½ Uhr, in Siebleben um 12½ Uhr Nachts ein. Trotz der späten Stunde wurde die Leiche von der ganzen Einwohnerschaft Sieblebens empfangen. Die Siebleber Kapelle spielte beim Eintreffen der Leiche vor dem Landhause Freytag's, wo die Gemeindevertretung versammelt war, einen Choral. Die im Gartensalon des Dichters aufgestellte Leiche wird heute um 11 Uhr zur Kirche überführt, wo ein Katafalk errichtet ist und die offizielle Leichenfeier stattfindet.

Wien. Banffy wird erst morgen vom Kaiser empfangen; heute wurden Kalnoky und Finanzminister Kallay empfangen.

Wien. Kalnoky's Demission wird als eine unvermeidliche Thatsache betrachtet, die sich alsbald vollziehen müsse, da Kalnoky nicht wagen dürfe, vor der ungarischen Delegation am 6. Juni zu erscheinen, und da auch der ungarische Minister im kaiserlichen Hoflager amtlich nicht mehr mit ihm verkehren könne. Als Kandidaten für das Ministerium des Aeußeren werden der Berliner Botschafter Szögyenyi und der gemeinsame Finanzminister Kallay, der Reorganisator Bosniens, genannt. — Kaiser Franz Josef empfing heute Vormittag den ungarischen Minister a latere Baron Josika in längerer Audienz. — Ministerpräsident Baron Banffy ist heute Vormittag in Wien eingetroffen.

Pest. Alle Blätter erörtern die durch das Kommuniqué der „Polit. Korrespondenz“ geschaffene Sachlage und äußern sich meistens stark erregt, indem sie je nach ihrer Parteistellung den Rücktritt v. Banffy's oder des Grafen Kalnoky fordern.

Pest. Abgeordnetenhaus. Eine Interpellation des Abg. Apponyi fragt, welche Grundlagen die gestrigen Mittheilungen der „Polit. Korresp.“ besitzen, in welchen Handlungen oder Aeußerungen des Nuntius Agliardi die ungarische Regierung eine Ein-

Photographie-Atelier „Adèle“
garantirt künstlerische Ausführung von Porträts, Gruppen
II Strehlener Platz 11, Pferdebahnlinie (gelb).